

# 18 Unternehmen, Industrie und Handwerk

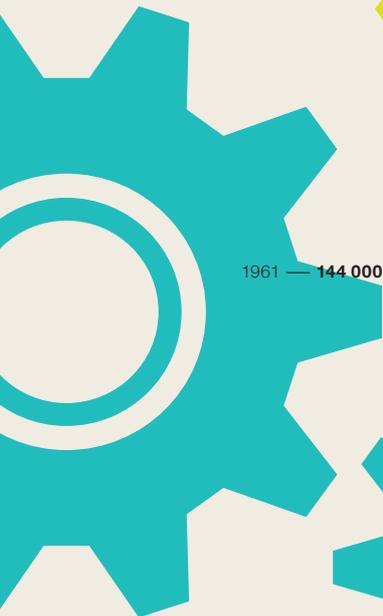
Alfred Reckendrees



Anzahl der Handwerksbetriebe  
im Deutschen Reich 1926  
und in der Bundesrepublik 1977:  
1926 — **1 304 000**



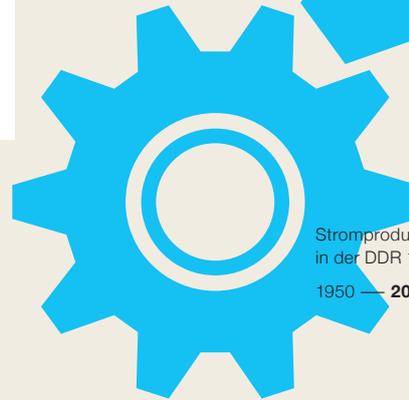
1977 — **494 000**



1961 — **144 000 000 Tonnen**

Förderung von Steinkohle  
im Deutschen Reich 1886 und  
in der Bundesrepublik 1961:

1886 — **58 000 000 Tonnen**



1981 — **101 000 000 000 Kilowattstunden**

Stromproduktion  
in der DDR 1950 und 1981:

1950 — **20 000 000 000 Kilowattstunden**



1998 — **5 468**

Anzahl der Aktiengesellschaften  
im Deutschen Reich 1925  
und in Deutschland 1998:

1925 — **15 171**



**Heute hat Deutschland so viele Unternehmen wie Berlin Einwohner. Sie beschäftigen knapp die Hälfte aller 16- bis 65-Jährigen. Industrieunternehmen produzieren weniger Eisen und Stahl als vor 50 Jahren, aber fünfmal so viele Pkw. Welche Dimensionen hat der industrielle Strukturwandel? Seit wann wächst der Export schneller als der Umsatz im Inland? Stimmt es, dass das Handwerk stirbt? Diese und viele andere Fragen lassen sich mit den vorgestellten Daten diskutieren.**

Im Jahr 2010 gingen in Deutschland mehr als 25 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit in Industrie, Handwerk oder privaten Dienstleistungen nach; sie arbeiteten für fast 2,1 Millionen Unternehmen der privaten Wirtschaft.<sup>1</sup> Dabei haben wir meist große Firmen im Sinn, in denen viele Menschen arbeiten und die im Zentrum der Aufmerksamkeit von Medien und politischen Entscheidungsträgern stehen. Diese erfasst die Statistik in der Kategorie „Großunternehmen“ (Unternehmen mit 250 oder mehr Beschäftigten und mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro). Dort arbeiteten 2010 fast 40 Prozent der Erwerbstätigen und erzeugten zwei Drittel des Gesamtumsatzes der deutschen Wirtschaft (5,3 Milliarden Euro). Doch 2010 fiel weniger als 1 Prozent aller Unternehmen in diese Kategorie, während Kleinst- oder Kleinunternehmen mit weniger als zehn bzw. weniger als 50 Beschäftigten 96 Prozent der Unternehmen ausmachten.<sup>2</sup>

Solche Angaben präsentiert das Statistische Jahrbuch als „Fakten“. Doch ein tieferer Blick in die Statistik liefert ein widersprüchliches Bild. So weist das „Unternehmensregister“, das Unternehmen mit steuerpflichtigen Umsätzen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfasst, für das gleiche Jahr 2010 statt den oben genannten 2,1 Millionen Unternehmen 3,6 Millionen aus und statt der 25 Millionen Beschäftigten 29,6 Millionen.<sup>3</sup> Die Differenzen sind nicht allein durch die Einbeziehung des Gesundheits- und Sozialwesens zu erklären, denn das Unternehmensregister macht für fast alle Wirtschaftsbereiche weitaus höhere Angaben.

Doch was ist die „richtige“ Zahl? Diese Frage wird vermutlich niemand genau beantworten können; es kommt darauf an, was wir als „Unternehmen“ auffassen und was das Ziel der jeweiligen Erhebung ist. Die Interpretationsprobleme vervielfachen sich, wenn man an langfristigen Entwicklungen interessiert ist. Unternehmen und ihre vielfältigen wirtschaftlichen Tätigkeiten verändern sich mit den Jahren so grundlegend, dass bisherige statistische Kategorien nicht mehr zutreffen oder unbedeutend werden. Dann werden neue Zuordnungen vorgenommen, die die Vergleichbarkeit mit Daten aus der Vergangenheit erschweren. Zugleich ändern sich die wirtschaftspolitischen Ziele und die „Fakten“, an denen die amtliche Statistik Interesse zeigt. Denn sie dient vorwiegend der Information der öffentlichen Verwaltungen und der politischen Entscheidungsträger.

Unternehmen stellen die Statistik vor große Herausforderungen. Zunächst einmal handelt es sich um sehr viele Einzelfälle und um eine sehr heterogene Untersuchungseinheit, die vom selbstständigen Schuster bis zu einem multinationalen Konzern reicht. Sie haben oft wenig gemeinsam, außer dass sie gewerbliche Produkte oder Dienstleistungen hervorbringen und diese auf den Märkten anbieten. Wie soll die Statistik ihre Beobachtungen strukturieren? Welche Angaben sollen erhoben werden? Unternehmen wollen wirtschaftlich überleben und Gewinne erzielen; und sie sind nicht unbedingt daran interessiert, umfassend über sich Auskunft zu geben. Die Statistik strukturiert ihre Beobachtungen durch Gewerbe- oder Wirtschaftsgruppen, durch Größenklassen oder hinsicht-

lich bestimmter Unternehmensformen. Doch viele Kategorien verlieren im Lauf der Zeit ihre Aussagekraft. So bestand am Ende des 19. Jahrhunderts die Gewerbe-Gruppe „Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate“, nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie um den Fahrzeugbau ergänzt und die „Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik“ als besondere Gruppe herausgelöst. „Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate“ bezeichnete nun also eine ganz andere Gruppe von Gewerben. Ähnliche Veränderungen fanden in vielen Gruppen statt. So wurden Elektriker zeitweilig dem „metallverarbeitenden Gewerbe“ zugeordnet und später (vorwiegend) dem Bau- und Aus-

baugewerbe. Vergleichbare Probleme ergeben sich bei der Betriebs- und Unternehmensgröße. So wurden bis zum Ersten Weltkrieg „Fabriken und ähnliche Anlagen“ hervorgehoben; in der Zwischenkriegszeit wurden Betriebe mit „in der Regel“ fünf oder mehr Beschäftigten als Mittel- oder Großbetrieb aufgeführt, um nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch Arbeitsstätten und Unternehmen mit „in der Regel“ zehn oder mehr Beschäftigten gesondert auszuweisen; seit 1978 ist diese Gruppe auf Arbeitsstätten und Unternehmen mit „in der Regel“ 20 oder mehr Beschäftigten reduziert. ▶ Tab 1

Eine knappe Darstellung der langfristigen Entwicklung in drei so diversen Be-

reichen „Unternehmen“, „Industrie“ und „Handwerk“ benötigt solch einen „Disclaimer“. Denn die Daten und Reihen können nicht aus ihrem jeweiligen Kontext herausgelöst werden, um beispielsweise festzustellen: „Im Jahr 2010 gab es 1 722 Unternehmen der Energieversorgung.“ Diese Zahl erscheint in der Übersicht „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen. Strukturdaten der Unternehmen 2010“, das Unternehmensregister weist für das gleiche Jahr immerhin 38 825 Unternehmen der Energieversorgung aus.<sup>4</sup>

Dieses Kapitel beschäftigt sich zunächst mit den Unternehmensformen, insbesondere mit den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften mit beschränkter

▶ Tab 1 Unternehmen und Beschäftigte nach den Gewerbe- und Arbeitsstättenzählungen bzw. dem Unternehmensregister

	Betriebe		Beschäftigte		Unternehmen			Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten	
	Anzahl		Beschäftigte		Anzahl	Beschäftigte		Anzahl	Beschäftigte
						insgesamt	davon: SV-Pflichtige		
	x0806	x0807	x0808	x0809	x0810	x0811	x0812	x0813	x0814
	1 000								
	Deutsches Reich								
1875	3 230	6 471	84	2 311	–	–	–	–	–
1882	3 005	7 341	123	3 005	–	–	–	–	–
1895	3 145	10 269	210	5 499	–	–	–	–	–
1907	3 424	14 348	299	8 994	–	–	–	–	–
1925	3 389	18 243	367	13 046	–	–	–	–	–
1933	3 542	14 575	287	8 791	–	–	–	–	–
1939	3 934	22 357	–	–	–	–	–	–	–
	Bundesrepublik								
1950	2 379	14 963	–	–	1 924	–	–	–	–
1961	2 431	20 708	–	–	2 186	20 696	–	214	15 661
1970	2 136	21 250	–	–	1 905	21 254	–	220	16 577
1987	2 392	22 055	–	–	2 098	21 917	–	268	16 472
	Deutschland								
2002	–	–	–	–	3 169	–	22 616	288	–
2006	–	–	–	–	3 527	29 179	24 236	298	–
2010	–	–	–	–	3 621	29 579	25 715	319	–

Haftung. Anschließend werden die langfristigen Entwicklungen im produzierenden Gewerbe skizziert und zum Abschluss die im Handwerk. Die DDR ist nur sehr schwer in eine Übersicht über Unternehmen, Industrie und Handwerk einzubeziehen; dort dominierten zentrale Planung und Verwaltung die Wirtschaft und die wichtigsten wirtschaftlichen Organisationsformen waren „Volkseigene Betriebe“ und Produktionsgenossenschaften, die kaum mit privaten Unternehmen verglichen werden können. Die DDR wird aber bei den industriellen Gütern und im Bereich des Handwerks berücksichtigt.<sup>5</sup>

### Unternehmen

Unternehmen haben vielfältige (Rechts-) Formen, die meisten sind Einzelunternehmen oder offene Handelsgesellschaften bzw. Gesellschaften bürgerlichen Rechts, in denen sich natürliche Personen zusammenschließen. Doch nur Kapitalgesellschaften (und in der Zwischenkriegszeit auch Genossenschaften) fanden in der Statistik größere Beachtung. Denn Aktiengesellschaften (AG), Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) sind meist größere Unternehmen, für die leichter Daten zu erheben sind. Daher spielen sie auch in der Volkswirtschaft eine wichtigere Rolle. In Kapitalgesellschaften finden sich mehrere Eigentümer (Aktionäre oder Gesellschafter) zusammen, wenn die erforderlichen Investitionen für Einzelne zu hoch sind, oder wenn einzelne Personen das mit solchen Investitionen verbundene Risiko nicht allein tragen wollen. Zudem ist die Haftung der Beteiligten auf den Anteil am Stammkapital bzw. die Erwerbskosten der Aktien begrenzt.<sup>6</sup> Kapitalgesellschaften sind darüber hinaus theoretisch „unsterblich“; weder das Ausscheiden noch der Tod eines Gesellschafters betrifft ein solches Unternehmen juristisch, denn Aktien oder Anteile können vererbt oder verkauft werden. Zudem müssen sich die Eigentümer nicht am Geschäft beteiligen, sondern sie können Angestellte mit der Geschäftsführung beauftragen.

Die Institution der Kapitalgesellschaft hat sich in Deutschland sehr langsam während des 19. Jahrhunderts durchgesetzt. Zunächst wurden AGs gegründet (allerdings in sehr viel geringerer Zahl als in England oder den USA). Vor allem für Versicherungen, Eisenbahn- oder Schifffahrtsgesellschaften war die begrenzte Haftung interessant. Preußen erlebte in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine erste „Gründungswelle“ von AGs im Kohlebergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie, dennoch erreichte die Gesamtzahl nur wenige Hundert Gesellschaften. Denn für die Gründung war in den deutschen Staaten eine Genehmigung oder Konzession der Regierung erforderlich (in Preußen des Königs), und die Vorbehalte gegen AGs waren lange Zeit groß, da sie das ursprüngliche Gewerbe gefährden und den „Spekulationsgeist“ regen würden.

In gewisser Weise war diese Skepsis berechtigt, denn nachdem der Konzessionszwang 1870 aufgehoben worden war, herrschte Euphorie an den Börsen, und in nur drei Jahren wurden 928 AGs gegründet.<sup>7</sup> Doch bald zerplatzte die Aktienblase, worauf die „Gründerkrise“ folgte. Aufgrund dieser Erfahrung wurde das Aktienrecht novelliert; unter anderem sollten höhere Kapitaleinzahlungen der Gründer die Wiederholung hochspekulativer Gründungen verhindern. 1892 wurde die Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) gesetzlich ermöglicht, in denen, wie bei Aktiengesellschaften, die Haftung auf die Höhe der Kapitalbeteiligung begrenzt war. Jedoch konnten die Anteile an einer GmbH nicht an der Börse gehandelt werden, zugleich bestanden für GmbHs geringere Veröffentlichungspflichten. In kurzer Zeit wurden Tausende neuer GmbHs gegründet, sodass 1913 fast fünfmal so viele GmbHs wie AGs bestanden.

Die deutsche Statistik berücksichtigt AGs erst seit 1906 und GmbHs seit 1909. Sie berichtet nicht nur über die Zahl der Gründungen, sondern auch über Geschäftseinstellungen und erlaubt daher für etwa 90 Jahre, bis deren Erfassung 1994 eingestellt wurde, einen Überblick

# 1892

wurde die Gründung von GmbHs ermöglicht.

# 1913

bestanden fünfmal so viele GmbHs wie AGs.

über die bestehenden Gesellschaften. Seither berichtete nur noch das Deutsche Aktieninstitut zusammenfassend über die deutschen AGs. ▶ Tab 2

Einen neuen Aufschwung erlebten die Kapitalgesellschaften in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Dazu trug auch die Inflation bei, da die Aktie einen Sachwert darstellte, während der Kaufpreis durch den Wertverlust der Mark schnell bedeutungslos wurde. Doch erneut brachen bald viele der neuen Gesell-

schaften zusammen, diesmal wegen der Stabilisierung der Währung. Zahlreiche Unternehmenszusammenschlüsse taten ein Übriges.

Selbst in dieser historischen Hochphase war die Zahl der AGs in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten noch immer gering.<sup>8</sup> Über die Gründe besteht in der Forschung keine Einigkeit. Viele Autoren sind der Ansicht, dass das Aktienrecht Kleinaktionäre benachteiligte. Die Zahl der Aktionäre sei in Deutschland gering

▶ Tab 2 Aktiengesellschaften (inkl. Kommanditgesellschaften auf Aktien) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung

	AG und KGaA			GmbH		
	Anzahl	Grundkapital		Anzahl	Stammkapital	
		Mio. Euro	Durchschnitt in 1 000 Euro		Mio. Euro	Durchschnitt in 1 000 Euro
	x0815	x0816	x0817	x0818	x0819	x0820
	Deutsches Reich					
1886	2 143	2 493	1 163	–	–	–
1896	3 712	3 500	943	–	–	–
1906	5 060	7 081	1 399	–	–	–
1913	5 486	8 874	1 618	26 790	2 422	90
1919	5 345	10 371	1 940	32 670	2 931	90
1925	15 171	9 913	653	64 398	–	–
1929	11 545	12 307	1 066	43 600	–	–
1933	9 292	10 811	1 163	41 076	–	–
1939	5 357	10 399	1 941	23 505	2 381	101
	Bundesrepublik / Alte Bundesländer					
1952	2 733	8 498	3 109	26 808	3 104	116
1956	2 899	14 255	4 917	34 617	4 555	132
1961	2 582	18 452	7 147	41 392	9 112	220
1966	2 442	25 158	10 302	58 093	15 212	262
1971	2 310	31 448	13 614	88 543	24 598	278
1976	2 177	40 510	18 608	147 233	37 507	255
1981	2 148	48 962	22 794	280 506	54 498	194
1986	2 190	59 513	27 175	346 371	75 376	218
1991	2 806	78 793	28 080	465 660	106 624	229
	Deutschland					
1992	3 219	88 870	27 608	549 659	125 836	229
1998	5 468	–	–	–	–	–
2004	16 002	–	–	–	–	–
2010	12 962	–	–	–	–	–

gewesen, weil der Nominalwert einer Aktie im Kaiserreich mindestens 1000 Mark betrug. Die Minderheitenrechte kleiner Aktionäre reichten gegenüber Großaktionären und Banken (wegen des ► Depotstimmrechts) nicht aus. Zudem bevorzugte das Konkursrecht die Kreditgeber gegenüber Kapitaleigentümern. So blieb der Aktienmarkt für viele uninteressant und gegenüber den USA oder Großbritannien relativ klein, und Unternehmen nahmen eher Kredite auf, als Aktien auszugeben. Ein ebenso wichtiger Faktor war die große Zahl von Familienunternehmen und die Möglichkeit der Haftungsbeschränkung durch die Gründung einer GmbH. In jedem Fall hat der Nationalsozialismus sich sehr negativ auf Kapitalgesellschaften ausgewirkt, nicht nur wegen der Kriegsverluste. In nur sechs Jahren zwischen 1933 und

1939 wurden 43 Prozent der AGs und der GmbHs aufgelöst oder wieder in Personengesellschaften umgewandelt. Dazu trug auch die Beschränkung der möglichen Gewinnausschüttung einer AG auf 4 Prozent Dividende bei.

Leider sagt die Statistik nur wenig über die Erträge und die Gewinnausschüttungen der AGs aus. Der Anteil der ausgewerteten Bilanzen schwankte von Jahr zu Jahr und lag zwischen 22 (1929) und 88 Prozent (1908); in der Bundesrepublik wurden 40 bis 65 Prozent der Bilanzen ausgewertet. Es handelte sich jedoch nicht immer um dieselben Unternehmen. Die präsentierten Daten haben daher nur eingeschränkte Aussagekraft, doch sie entsprechen der wirtschaftshistorischen Forschung zur Dividendenrendite der Aktiengesellschaften<sup>9</sup> weitgehend. Gemessen am

#### ► Depotstimmrecht

Das deutsche Aktienrecht erlaubte es Banken, auf General- oder Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften das Stimmrecht für die in einem Wertpapierdepot verwahrten Aktien ihrer Kunden auszuüben, sofern diese nicht selbst bei der Versammlung vertreten waren oder eine Vollmacht ausgestellt hatten. Das Depotstimmrecht wurde 1998 eingeschränkt und erfordert seit 2009 eine schriftliche Vollmacht.

► Tab 3 Bilanzen der Aktiengesellschaften

	ausgewertete Bilanzen	Bilanzsumme	Grundkapital	Reserven bzw. Rücklagen	Eigenkapital*	Dividenden
	Anzahl	Mio. Euro			% der Bilanzsumme	% des Eigenkapitals
	x0821	x0822	x0823	x0824	x0825	x0826
	Deutsches Reich					
1909	4 579	–	6 648	1 462	–	6,05
1913	4 773	13 581	7 796	1 937	71,66	7,00
1919	4 553	–	8 375	2 379	–	6,29
1925	9 685	–	8 093	1 042	–	3,31
1929	2 562	18 000	8 337	1 144	52,88	5,42
1933	2 493	15 358	7 000	1 403	54,90	2,17
1939	2 516	18 951	7 264	1 586	46,70	4,37
	Bundesrepublik/Alte Bundesländer					
1951	1 935	17 079	5 583	3 070	50,67	1,57
1956	2 000	41 771	9 526	5 627	36,28	3,57
1961	1 933	66 472	14 981	7 755	34,20	6,47
1966	1 826	96 159	20 303	11 997	33,59	5,51
1971	1 648	148 050	26 776	19 269	31,10	5,28
1976	1 563	224 013	34 713	27 465	27,76	6,49
1981	1 516	296 510	40 707	38 017	26,55	4,30
1986	1 371	350 496	46 565	58 191	29,89	6,16
1991	1 368	492 785	56 290	60 286	23,66	5,12

\* Eigenkapital = Grund- bzw. Stammkapital + Reserven bzw. Rücklagen

Eigenkapital (das Grundkapital plus Reserven oder Rücklagen des Unternehmens) bewegte sich die durchschnittlich ausbezahlte Dividende der erfassten Gesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg zwischen 6 und 7 Prozent. Demgegenüber war die Zwischenkriegszeit weniger freundlich zu den Aktionären. In der jungen Bundesrepublik hielten sich die Unternehmen zunächst mit der Ausschüttung von Dividenden zurück, Gewinne wurden stattdessen in einem hohen Maß reinvestiert und im Gegenzug hielten sich die Gewerkschaften mit Lohnforderungen zurück. In der ersten Hälfte der 1960er Jahre erreichten die Dividenden wieder das Niveau des Kaiserreichs, doch seither schwanken die Ausschüttungen erheblich. In den 1970er Jahren lagen sie sogar unter der Inflationsrate. ▶ Tab 3

Die alte Bundesrepublik erlebte keine neue Aktienwelle, allerdings wählten immer mehr Unternehmen die Rechtsform der GmbH oder der GmbH & Co. KG (eine Personengesellschaft mit einer GmbH als haftendem Gesellschafter). Vor allem Handel und Dienstleistungen, aber auch Familienunternehmen nutzen diese Form,

die keine Veröffentlichung von Bilanzen und Geschäftsberichten erfordert. Die Finanzierung über den Aktienmarkt war für die meisten Unternehmen in dieser Zeit nicht notwendig, da Banken bereitwillig langfristige Kredite bereitstellten, was sich auch an der seit 1949 schrumpfenden Eigenkapitalquote der Aktiengesellschaften zeigt. Allerdings erschien möglichen Investoren wohl auch die Gewinnausschüttung in der Regel wenig interessant. ▶ Abb 1

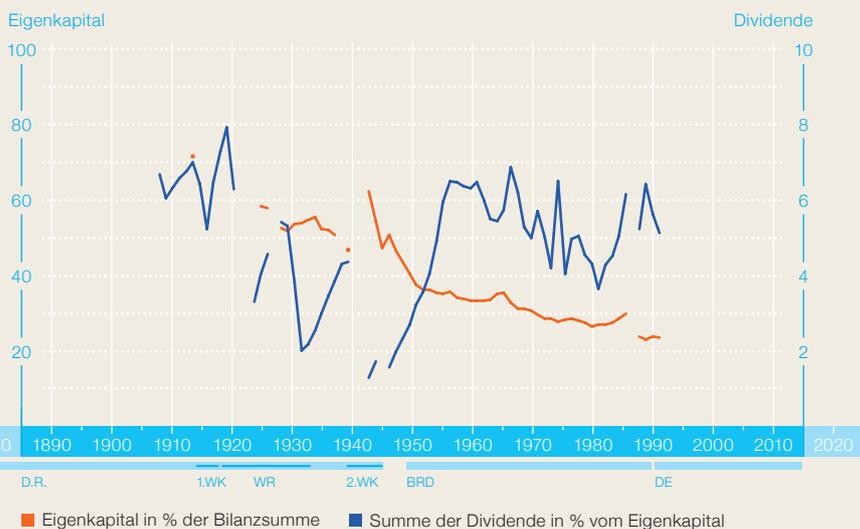
Vor dem Hintergrund der Globalisierung und der ▶ Shareholder-Value-Orientierung spielt der Aktienmarkt allerdings seit Ende des 20. Jahrhunderts eine größere Rolle. Doch das Statistische Bundesamt hat Anfang der 1990er Jahre die Berichterstattung über Kapitalgesellschaften grundlegend revidiert. Daten, die es ermöglichen verschiedene Unternehmensformen zu beobachten, liefert nun nur noch die Umsatzsteuerstatistik. Sie weist eine deutlich geringere Anzahl von Kapitalgesellschaften aus, bestätigt aber die skizzierte Tendenz. Zwar machen noch immer natürliche Personen und Einzelunternehmen den größten Teil der Umsatzsteuerpflichtigen aus (2012: 2,2 Millionen Personen). Doch seit der deutschen Einigung vervierfachte sich die Zahl der AGs fast, die Zahl der GmbH & Co. KGs verdoppelte sich. Die Statistik zeigt auch, dass Gesellschaften ohne Veröffentlichungspflicht wichtiger für die deutsche Wirtschaftsleistung sind als Aktiengesellschaften. GmbHs und Kommanditgesellschaften führen zusammen 60 Prozent der Umsatzsteuer ab (bezahlt wird sie ja von den Kunden der Unternehmen), AGs sind nur mit knapp 18 Prozent beteiligt.

Angaben zur Eigenkapitalausstattung oder zu den ausgeschütteten Dividenden werden seit 1994 nicht mehr in der Statistik ausgewiesen. Allerdings spielt die Dividende seit dieser Zeit eine immer geringere Rolle für die Entscheidung, Aktien zu kaufen. Viel wichtiger ist heute die Erwartung eines steigenden Unternehmenswertes und damit des Erlöses, der beim Verkauf einer Aktie erzielt werden kann (Shareholder-Value).

▶ **Shareholder-Value**

Der Marktwert des Eigenkapitals eines Unternehmens, an dem Aktionäre Anteile halten. „Shareholder-Value“ setzt sich seit den 1980er Jahren als Bewertungskriterium von Aktiengesellschaften durch; dieser Maßstab setzt das Management eines börsennotierten Unternehmens unter Druck, dessen Marktwert zu steigern und damit den Erlös der Aktionäre beim Verkauf ihrer Beteiligung. Viele Unternehmen haben entsprechende Anreize wie Bonuszahlungen für Topmanager geschaffen, um dieses Ziel zu erreichen.

▶ **Abb 1** Eigenkapitalquote und Dividenden der Aktiengesellschaften



► Tab 4 Produktion von ausgewählten industriellen Erzeugnissen

	Steinkohle	Braunkohle	Roheisen	Rohstahl	Elektrizität	Pkw	Bier
	Mio. t				Mrd. kWh	1 000	1 000 hl
	x0827	x0828	x0829	x0830	x0831	x0832	x0833
	Deutsches Reich						
1886	58,1	15,6	3,5	2,7	–	–	45,1
1895	79,2	24,8	5,5	5,0	–	–	60,7
1913	190,1	87,2	19,3	17,7	2,5	12	69,2
1919	116,7	93,6	5,7	6,9	5,1	–	29,5
1925	145,6	138,7	9,7	12,1	9,9	39	47,6
1929	177,0	174,0	13,2	16,1	16,4	92	58,1
1933	120,3	125,6	5,2	7,5	14,5	92	34,1
1937	184,5	183,5	16,0	19,5	27,4	269	43,6
	Bundesrepublik						
1950	111,1	75,0	9,5	12,1	44,5	216	–
1961	143,6	97,3	25,4	33,5	124,6	1 752	51,5
1970	111,4	107,8	33,6	45,0	242,8	3 132	81,6
1980	87,1	129,9	33,9	43,8	368,8	3 250	89,6
1987	76,3	109,0	28,5	36,2	418,3	4 008	87,8
	DDR						
1950	–	137,1	–	1,3	19,5	7	3,8
1964	–	256,9	–	4,3	51,0	93	13,8
1971	–	262,8	–	5,4	69,4	134	18,1
1981	–	266,7	–	7,5	100,7	180	24,1
1989	–	301,1	–	7,8	119,0	217	24,8
	Deutschland						
1993	60,3	221,8	27,0	37,6	525,7	3 284	114,4
2000	33,6	167,6	30,8	46,4	564,5	5 248	106,9
2009	13,8	174,7	20,1	32,7	524,6	5 386	88,0

## Industrie

Mit der Durchsetzung der industriellen Produktion vervielfachte sich die Menge der gewerblichen Erzeugnisse. Zunächst betraf dies industrielle Rohstoffe, Steinkohle, Roheisen und Stahl, doch am Ende des 19. Jahrhunderts wurde auch die industrielle Herstellung von Konsumgütern immer wichtiger (zum Beispiel Bekleidung, Lebensmittel, Haushaltswaren, Möbel). Diese Entwicklung ging einher mit einem gesteigerten Bedarf an Maschinen und industrieller Ausrüstung und einem schnell steigenden Energiebedarf. Seit den 1860er Jahren entstanden daher „neue Industrien“ wie die Elektrotechnische

Industrie oder die Chemieindustrie. Andere Industrien, wie die Automobilindustrie, brauchten in Deutschland sehr viel länger, um sich zu entwickeln. ► Tab 4

Die deutsche Industrie erlebte einschneidende Strukturwandlungsprozesse, in denen die Bedeutung einzelner Industrien zu- oder auch abnahm. Kaum eine Branche illustriert diesen Prozess so gut wie der Kohlebergbau, der in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine Schlüsselindustrie war, die einen wichtigen Rohstoff und die Energiequelle der Hochindustrialisierung lieferte. Langfristig überholte die Braunkohle die Steinkohle als wichtigste Energiequelle. Dieser Pro-

zess begann in den 1930er Jahren und setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere in der DDR fort, die auf Braunkohle als heimische Energieresource setzen musste, um nicht von importierter Energie abhängig zu sein. Die Steinkohle befindet sich hingegen seit dem Ende der 1950er Jahre in der Krise. Wenngleich 10,8 Millionen Tonnen geförderte Steinkohle (2012) eine riesige Menge sind, und obgleich die fördernden Zechen heute so produktiv sind wie nie zuvor, sind die Fördermengen kaum größer als vor 160 Jahren, als die Steinkohleförderung im industriellen Maßstab gerade begonnen hatte. ► Abb 2

► Abb 2 Steinkohle- und Braunkohleerzeugung – in Millionen Tonnen



► Abb 3 Pkw-Produktion – in 1 000 Stück



► Abb 4 Roheisen und Rohstahl – in Millionen Tonnen



Die andere Seite des industriellen Strukturwandels wird am Beispiel der Automobilindustrie deutlich. Sie erreichte erst nach dem Zweiten Weltkrieg eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung, in etwa zu der Zeit, als der Steinkohlebergbau in die Krise geriet. Das im Dezember 2014 stillgelegte Opel-Werk in Bochum wurde genau aus diesem Grund errichtet. Seither ist die deutsche Automobilproduktion relativ kontinuierlich gestiegen.<sup>10</sup> Zuerst bediente sie vorwiegend den heimischen Markt, doch bereits Anfang der 1960er Jahre war die jährliche Produktionsleistung über die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes hinausgewachsen. Seither trägt die Automobilindustrie erheblich zum deutschen Exportüberschuss bei. Die Produktionsleistungen zentraler Branchen der Volkswirtschaft, wie der Automobilindustrie, lassen in der Regel auch die größeren wirtschaftlichen Krisen erkennen. In der Produktionskurve für die Pkw-Produktion lassen sich beispielsweise die Konjunkturkrise der Jahre 1966/67, die beiden Ölpreiskrisen von 1973/74 und 1979/81, die langsame Anpassung an die Bedingungen des freizügigen europäischen Binnenmarktes (1992/95) sowie der Absatzeinbruch durch die Finanzkrise 2008/09 gut erkennen. Einen ähnlichen Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung liefert die

Automobilindustrie der DDR nicht. Zum einen erreichte sie nur einen Bruchteil der bundesdeutschen Produktionsleistung, der nur während der ersten Ölpreiskrise 1973/74 über 5 Prozent der bundesdeutschen Automobilproduktion lag. Zum anderen ist sie als Konjunkturindikator ungeeignet, weil die Nachfrage in der DDR die Produktion dauerhaft um ein Vielfaches überstieg und die Käufer jahrelang auf einen bestellten Pkw warten mussten. ▶ Abb 3

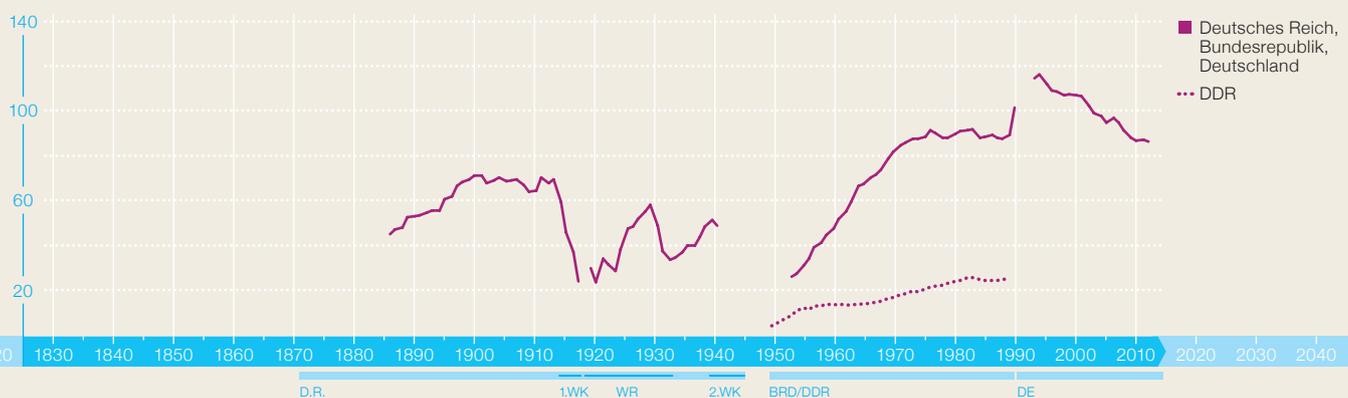
In der Gegenwart liefert die Konsumgüterproduktion ein besseres Abbild der wirtschaftlichen Entwicklung, als es die Produktion industrieller Grundstoffe vermag. Dies war zu früheren Zeiten anders: Bis etwa zum Beginn der 1960er Jahre waren Steinkohle sowie die Eisen- und Stahlindustrie ein verlässlicher Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Beide Produktionsreihen lassen die wirtschaftlichen Einbrüche des Ersten Weltkriegs und der Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1932) gut erkennen und ebenso, dass als Folge des Ersten Weltkriegs wichtige Kohlelagerstätten und Standorte der Eisenproduktion verloren gingen. Die zyklischen Schwankungen der bundesdeutschen Eisen- und Stahlherzeugung von etwa drei bis fünf Jahren resultieren vor allem aus den Investitionszyklen der Industrie und nicht aus der Endnachfrage. Gleichwohl zeigen die beiden

Reihen der Roheisen- und der Rohstahlproduktion sehr deutlich den Beinahe-Zusammenbruch der Weltwirtschaft infolge der Finanzkrise, als die Erzeugung von 2007 auf 2009 um über 30 Prozent einbrach. ▶ Abb 4

Demgegenüber bildet Bier als eines der wichtigsten Massenkonsumgüter bis in die 1980er Jahre hinein gut die Entwicklung der verfügbaren Einkommen und des Lebensstandards ab. Dabei muss natürlich die veränderte Gebiets- und Bevölkerungsgröße berücksichtigt werden. Seit dem Ende der 1990er Jahre nimmt die Aussagekraft dieses Indikators aufgrund veränderter Konsumbedürfnisse ab. ▶ Abb 5

Anders als Produktionsdaten geben betriebs- und unternehmensbezogene Daten nur eingeschränkt Auskunft über allgemeine Trends. Sie müssen sehr viel vorsichtiger interpretiert werden, weil die Erhebungsgrundlagen sich, wie oben angedeutet, im Zeitverlauf erheblich veränderten. Zudem sind in den Statistiken Industriebetriebe und -unternehmen nicht von größeren Handwerksbetrieben unterschieden. Unternehmen, also rechtlich selbstständige Einheiten, wurden erst seit den 1960er Jahren ausgewiesen; bis dahin begnügte sich die Statistik mit der Zahl der Betriebe oder Arbeitsstätten, doch viele Unternehmen besitzen mehrere Betriebe.

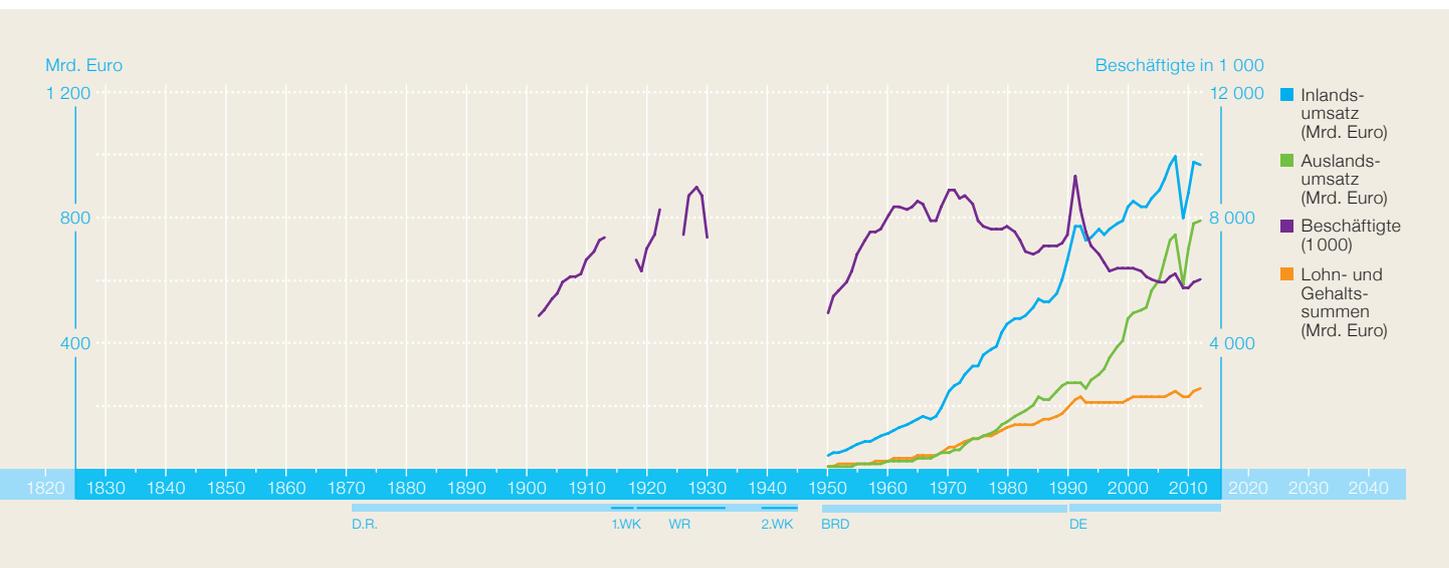
▶ Abb 5 Bierproduktion – in 1 000 Hektolitern



▶ Tab 5 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe – Unternehmen, Betriebe, Beschäftigung und Umsatz

	Unternehmen	Betriebe	Beschäftigte			geleistete Arbeiter- stunden	Löhne und Gehälter		Umsatz	
			insgesamt	je Unter- nehmen	je Betrieb		insgesamt	je Beschäf- tigten	insgesamt	davon: im Ausland
			1 000			Mio. h	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro	
			x0834	x0835	x0836	x0837	x0838	x0839	x0840	x0841
Deutsches Reich										
1902	–	178 936	4 849	–	27	–	–	–	–	–
1913	–	324 524	7 386	–	23	–	–	–	–	–
1919	–	286 946	6 301	–	22	–	–	–	–	–
1926	–	180 566	7 421	–	41	–	–	–	–	–
1932	–	131 091	5 062	–	39	–	–	–	–	–
1936	–	176 131	8 567	–	49	–	–	–	–	–
1938	–	193 950	9 542	–	49	–	–	–	–	–
Bundesrepublik										
1950	–	50 134	4 935	–	98	9 458	8,0	1,614	42,0	3,4
1961	48 241	57 364	8 316	172	145	13 403	29,0	3,489	146,7	22,0
1970	44 864	56 219	8 887	198	158	12 531	65,4	7,357	300,6	54,7
1980	39 011	48 777	7 660	196	157	9 153	131,5	17,166	611,8	148,5
1987	35 949	44 164	7 055	196	160	7 779	161,6	22,903	755,1	224,2
Deutschland										
1991	44 821	54 338	9 274	207	171	9 369	220,2	23,741	1 046,2	274,4
2000	40 798	48 913	6 375	156	130	6 312	221,1	34,688	1 306,7	474,0
2010	37 045	44 687	5 716	154	128	–	231,2	40,450	1 575,6	698,9

▶ Abb 6 Produzierendes Gewerbe



Bis zum Ersten Weltkrieg, während der Weimarer Republik, nach der Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1932) und in den 1950er und 1960er Jahren wuchs das produzierende Gewerbe gemessen an Beschäftigtenzahl, Produktionsausstoß und Umsatz (Daten liegen seit 1950 vor). Die Umsatzzahlen für die Bundesrepublik zeigen, dass das starke Wachstum bis in die 1970er Jahre hinein anhielt. Doch der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft machte sich bereits bemerkbar. Die Wachstumsraten der Industrie gingen zurück und basierten seit den 1970er Jahren zunehmend auf dem Export. Nur kurzfristig, infolge der deutschen Einigung, gewann das Inland wieder an Bedeutung, seither wuchs vor allem die Exportwirtschaft. ▶ Tab 5, Abb 6

## Handwerk

Mit der Einführung der ▶ Gewerbefreiheit in Preußen 1810 und später in anderen deutschen Staaten verloren die Zünfte und die Handwerksmeister ihre privilegierte Stellung. Zwar bildeten Handwerksmeister nach wie vor Lehrlinge aus und es gab auch weiterhin wandernde Gesellen, doch die Gewerbefreiheit ermöglichte es, ein Gewerbe anzumelden oder ein Handwerk zu betreiben, ohne einen Meisterbrief und die Zustimmung einer Handwerkszunft zu besitzen. Die „Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund“ von 1869 ermöglichte schließlich jedem Bürger der deutschen Staaten einen Gewerbebetrieb zu gründen, ohne besondere Qualifikationen nachweisen zu müssen, und jeder selbstständige Gewerbetreibende erhielt das Recht, Lehrlinge auszubilden. Damit waren die Privilegien der Handwerksmeister beseitigt. Diese gaben ihren Protest gegen die liberalen Bestimmungen jedoch nicht auf; die Gründerkrise (1873/74) und die folgende Preisdeflation führten sie enger zusammen und resultierten 1882 in der Gründung des Allgemeinen Deutschen Handwerkerbundes. Die Handwerker erzielten in den folgenden Jahren weitreichende Erfolge. Die Novelle der Gewerbeordnung von 1897 ermöglichte den selbstständigen Gewerbetreibenden die

Gründung von Innungen zur Artikulation ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, zur Verständigung über Standards und zur Durchführung von Gesellen- und Meisterprüfungen. Gewählte Handwerkskammern sollten auf bezirklicher Ebene die Interessen der Handwerker vertreten. 1908 wurde der sogenannte kleine Befähigungsnachweis eingeführt. Die Führung eines selbstständigen Gewerbebetriebs oder die Stellung als Werkmeister in einer Fabrik war nun nicht mehr hinreichend, um Lehrlinge auszubilden; seither ist ein von der Handwerkskammer ausgestellter Meisterbrief erforderlich. Die Novellen der Gewerbeordnung legten auch die Grundlage für die duale Berufsausbildung, die neben der fachlichen Lehre einen Schulbesuch vorsieht.

Die Gründe für die Re-Institutionalisierung des Handwerks lagen zum Teil in der erfolgreichen politischen Arbeit der Handwerkervereine, Handwerkskammern und Innungen, doch vor allem war es die Furcht der politischen und wirtschaftlichen Eliten, denen Mittelstandsförderung als eine innenpolitische „Rückversicherung“<sup>11</sup> gegen die stärker werdende Arbeiterbewegung und den Sozialismus erschien. Doch die amtliche Statistik berichtete damals noch nicht gesondert über das Handwerk. Dies begann erst Mitte der 1930er Jahre, nachdem das Handwerk genauer definiert worden war. In der Handwerksordnung von 1935 hatte die nationalsozialistische Regierung den sogenannten großen Befähigungsnachweis eingeführt. Die Führung eines Handwerksbetriebs und die Ausbildung von Lehrlingen setzten nun eine erfolgreich abgelegte Meisterprüfung und den Eintrag in die Handwerkerrolle der jeweiligen Handelskammer voraus. Zudem wurde Handwerkern die Pflicht zur Buchführung auferlegt.

Diese Regelungen hatten trotz Änderungen der Handwerksordnung im Grundsatz<sup>12</sup> bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts für insgesamt 94 Handwerke Bestand. 2004 beschloss der Bundestag, den Qualifikationsnachweis für 53 Handwerksberufe aufzuheben und diese Handwerke zulassungsfrei<sup>13</sup> zu machen. ▶ Tab 6

---

### ▶ Gewerbefreiheit

Die allgemeine bürgerliche Freiheit, sich gewerblich zu betätigen, das heißt ohne Ansicht der Person ein Geschäft oder Unternehmen gründen zu können und Handel und Gewerbe zu betreiben. Vor Einführung der Gewerbefreiheit regulierten Zünfte (Handwerkervereinigungen) oder auch die Landesfürsten den Zugang zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Die seit 1935 bestehende Meisterpflicht im Handwerk ist beispielsweise eine Einschränkung der Gewerbefreiheit; Beschränkungen der Gewerbefreiheit bestehen heute auch noch für viele freie Berufe.

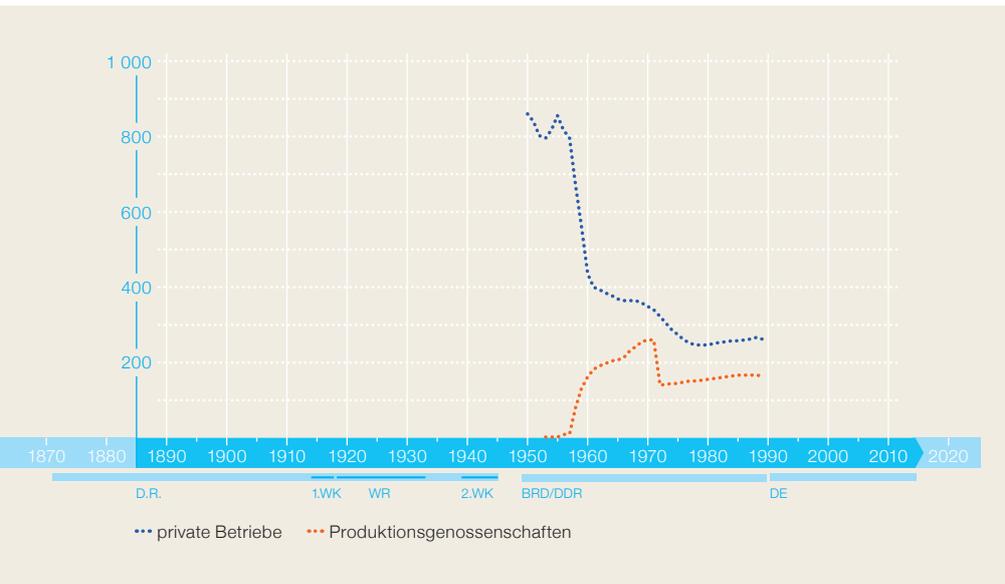
► Tab 6 Handwerk – Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz nach Handwerkszweigen

	Handwerk insgesamt					Nahrungs- und Genussmittel bzw. Lebensmittelgewerbe				
	Betriebe		Umsatz			Betriebe		Umsatz		
	Unternehmen (1949–2011)	Beschäftigte	insgesamt	je Unternehmen	je Beschäftigtem	Unternehmen (1949–2011)	Beschäftigte	insgesamt	je Unternehmen	je Beschäftigtem
	1 000		Mrd. Euro	1 000 Euro		1 000		Mrd. Euro	1 000 Euro	
	x0844	x0845	x0846	x0847	x0848	x0849	x0850	x0851	x0852	x0853
	Deutsches Reich									
1926	1 304,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1937	1 604,6	–	–	–	–	254,4	–	–	–	–
1939	1 314,3	4 537,9	–	–	–	227,0	807,8	–	–	–
	Bundesrepublik/Alte Bundesländer									
1949	861,2	3 053,0	9,9	11,5	3,2	115,1	402,9	2,9	24,8	7,1
1956	750,9	3 623,6	24,4	32,5	6,7	117,2	498,3	6,9	59,0	13,9
1963	659,1	3 972,9	50,1	76,1	12,6	105,4	490,1	11,7	110,6	23,8
1968	614,9	4 088,3	72,7	118,2	17,8	97,8	503,9	15,0	153,5	29,8
1977	494,2	3 906,5	141,6	286,5	36,3	74,3	476,4	26,5	357,1	55,7
1995	482,7	5 124,8	358,4	742,4	69,9	48,3	560,3	37,1	768,3	66,3
	Deutschland									
1995	566,9	6 138,5	409,7	722,8	66,7	50,1	594,6	34,4	687,0	57,9
2011	580,4	5 050,2	512,7	883,3	101,5	29,0	568,7	39,5	1 361,5	69,5

► Tab 7 DDR – Berufstätige nach Wirtschaftszweig und Betriebsart und Struktur des Handwerks

	Berufstätige						Handwerk			
	insgesamt	davon:		Betriebsart			private Betriebe		Produktionsgenossenschaften	
		Industrie/produzierendes Handwerk	Bauwirtschaft	volkseigen	genossenschaftlich	privat	Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte
	1 000									
	c0020	c0021	c0022	c0023	c0024	c0025	c0026	c0027	c0028	c0029
1953	7 417	2 978	455	3 934	385	3 098	259,2	795,3	0,0	1,4
1961	7 692	3 177	456	4 892	1 551	1 344	164,1	399,5	4,1	181,0
1970	7 769	3 259	538	5 174	1 451	1 144	116,5	347,5	4,5	260,2
1980	8 225	3 387	583	6 571	1 210	444	83,8	245,3	2,8	156,3
1987	8 571	3 479	569	6 856	1 263	452	81,1	262,0	2,7	165,7

▶ Abb 7 Beschäftigte im Handwerk der DDR – in 1 000



# 259 200

private Handwerksbetriebe gab es 1953 in der DDR.

# 81 100

Handwerksbetriebe waren es 1987.

In der DDR war das Handwerk einer der wenigen Bereiche, in denen sich Sachkapital in privater Hand befinden konnte. Doch die Handwerksbetriebe waren in die zentrale Planung und Bewirtschaftung eingebunden und besaßen daher wenig Gestaltungsspielraum. Zudem wurden seit 1952 Produktionsgenossenschaften gebildet, in denen viele Handwerksbetriebe vor allem des „Maschinen- und Fahrzeugbaus“, der Holzbearbeitung und des Bauhandwerks aufgingen. Weil ein industrielles Arbeitsverhältnis eine sicherere und zum Teil einträglichere Existenz als die eines selbstständigen Handwerkers versprach (sieht man von dem ausgedehnten Segment der Schwarzarbeit ab) und weil zudem zahlreiche Arbeitskräfte in die Bundesrepublik abwanderten, nahm die Zahl der im Handwerk Tätigen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre um etwa ein Drittel ab (1955: 858 000, 1961: 580 000). ▶ Tab 7, Abb 7

Wenngleich der Deutsche Handwerkskammertag heute das Handwerk als die „Wirtschaftsmacht von nebenan“<sup>14</sup> bewirbt, so wurde doch seit Einführung der Gewerbefreiheit und dem Beginn der Indus-

trialisierung stets der drohende Untergang des Handwerks beklagt. So unzureichend die statistische Erfassung der handwerklichen Unternehmen auch ist, gibt sie jedoch wenig Anlass für eine pessimistische Betrachtung. Zwar nahm die Zahl der Handwerksunternehmen nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik bis zum Ende der 1970er Jahre deutlich ab, doch danach stabilisierte sich die Lage. Sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die Zahl der Beschäftigten blieb relativ stabil. Auch in den vergangenen 15 Jahren hat das Handwerk an Beschäftigten verloren, doch verglichen mit dem produzierenden Gewerbe (Industrie), wo die Zahl der Beschäftigten seit 1991 um fast 40 Prozent zurückgegangen ist, ist die Beschäftigungsquote im Handwerk bemerkenswert stabil. Es sei daran erinnert, dass die Daten für das produzierende Gewerbe größere Handwerksbetriebe einschließen und dass diese Daten den Beschäftigungsrückgang in der Industrie daher noch unterschätzen.

Die einzelnen Handwerkszweige waren sehr unterschiedlich von strukturellen

Wandlungsprozessen betroffen. Eine langfristige Tendenz ist kaum zu ermitteln, da nach der letzten Handwerkszählung von 1995 (für das alte Bundesgebiet) die Erfassungskriterien radikal verändert wurden und die jüngeren Daten mit den vorherigen mit Ausnahme des Lebensmittelgewerbes nicht mehr vergleichbar sind. Bereits in der alten Bundesrepublik waren die verschiedenen Zweige sehr unterschiedlich betroffen. Während die Zahl der Unternehmen im metallverarbeitenden Gewerbe stieg, verlor das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe über 90 Prozent der Unternehmen (insbesondere Schneider und Schuster) und das Nahrungsmittel- und das Holzgewerbe jeweils fast 60 Prozent. In der gleichen Zeit hat die Gesamtzahl der Beschäftigten um mehr als zwei Drittel zugenommen, jedoch nicht im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe, wo sie um über 80 Prozent zurückgegangen ist.

Bis heute wächst die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitsgewerbe, im Lebensmittelgewerbe bleibt sie bemerkenswert stabil. Seit der deutschen Einigung hat insbesondere das Baugewerbe verloren. Hier arbeiteten 2010 540 000 Beschäftigte weniger als im Jahr 1995. Dies ist nur zum Teil durch Technisierung zu erklären, eine wichtige Rolle spielen auch der Europäische Binnenmarkt und die Tätigkeit ausländischer Unternehmen in Deutschland sowie die Folgen der Finanzkrise.

# 2010

arbeiteten 540 000  
Beschäftigte weniger  
im Baugewerbe als  
1995.

## Datengrundlage

Die hier präsentierten Übersichten basieren auf der Auswertung der Statistischen Jahrbücher des Deutschen Reiches, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sowie einigen Sonderveröffentlichungen dieser Behörden. Zudem wurden verschiedene Forschungsberichte (beispielsweise zur Sozialpolitik in der DDR und zur Umrechnung der Handwerksstatistik) und einige Zeitreihen zur industriellen Produktion (vor allem Bergwerks- und Montanstatistiken) hinzugezogen, die bei GESIS<sup>15</sup> zugänglich sind. Diese Daten wurden durch Branchenveröffentlichungen und Angaben von Interessenverbänden wie der Wirtschaftsvereinigung Stahl oder dem Deutschen Aktieninstitut ergänzt, da das Statistische Bundesamt die entsprechenden Angaben nicht mehr weiter oder in anderer Form veröffentlichte. So werden Kapitalgesellschaften nur noch in der Umsatzsteuerstatistik ausgewiesen, die aber sehr viel weniger Gesellschaften aufweist.

So manche wünschenswerte Zeitreihe lässt sich aufgrund häufig veränderter Erhebungskriterien nicht erstellen. So änderte sich die Zuordnung einzelner Gewerbe oder Handwerke zu Branchen fortlaufend, einige Beispiele dafür werden im Text vorgestellt. Die präsentierte Auswahl erstreckt sich auf wichtige Bereiche, für die überhaupt lange Reihen erstellt werden können. In vielen Fällen ist dies jedoch nicht ohne Rückgriff auf die Originaldaten, sofern diese vorhanden und zugänglich sind, möglich. Dies betrifft beispielsweise die Indizes der industriellen Nettoproduktion, die aufgrund veränderter Gewichtungen der einzelnen Branchen nicht miteinander verkettet werden können.

Doch auch die vorgelegten Zeitreihen sind nicht immer so eindeutig, wie sie scheinen, daher sollte bei einer weiteren Verwendung die online zugängliche Dokumentation der Daten berücksichtigt werden. So wurden

beispielsweise bis 1977 häufig nur Daten für Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten erhoben, ab 1978 jedoch nur noch Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten erfasst. Eine andere Einschränkung betrifft den jeweiligen Entstehungszusammenhang und den Zweck der Erhebung. So stimmen beispielsweise die Angaben über die Zahl der Unternehmen und deren Beschäftigte im Statistischen Jahrbuch nicht mit den Angaben des Statistischen Bundesamtes im Unternehmensregister oder in der Umsatzsteuerstatistik überein. Solche Probleme können hier nicht aufgelöst, sondern nur benannt werden. Sie resultieren daraus, dass die amtliche Statistik an der Gegenwart interessiert ist und Momentaufnahmen für einen Zeitpunkt oder die jüngste Vergangenheit liefert. Sie hat leider nicht das Ziel, dazu beizutragen, langfristigen Wandel zu verstehen. Doch die amtliche Statistik und insbesondere die Politik sollten durchaus ein eigenes Interesse an Forschungsprojekten haben, die es erlauben, den wirtschaftlichen Strukturwandel und auch die vielen Veränderungen im Kleinen besser zu erfassen. Allerdings erfordert eine Harmonisierung der Daten für einen langen Zeitraum sehr viel Detailarbeit, womöglich auch den Zugriff auf die Originaldaten und sehr differenzierte Abschätzungen der Auswirkung veränderter statistischer Erfassungen.

## Zum Weiterlesen empfohlen

Werner Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2012.

Ralf Ahrens/Boris Gehlen/Alfred Reckendrees (Hrsg.): Die „Deutschland AG“. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus, Essen 2013.

Christoph Boyer/Thomas Schlemmer: „Handwerkerland Bayern“? Entwicklung, Organisation und Politik des bayrischen Handwerks 1945 bis 1975, in: Thomas Schlemmer/Hans Voller (Hrsg.): Bayern im Bund: Gesellschaft im Wandel, 1949 bis 1973, München 2002, S. 87–178.

Carsten Burhop: Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871–1918, Göttingen 2011.

Ulrich Engelhard (Hrsg.): Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert (Industrielle Welt, Bd. 37), Stuttgart 1984.

Bernd Holtwick: Im Kampf um das Handwerk. Handwerke und ihre Organisationen in Ostwestfalen-Lippe von 1929 bis 1953, Paderborn 2000.

Armin Oszwar: Ein Arrangement auf Widerruf: Die SED und die Privathandwerkerschaft in der SBZ/DDR, in: Thomas Großbölting/Rüdiger Schmidt (Hrsg.): Unternehmerwirtschaft zwischen Markt und Lenkung: Organisationsformen, politischer Einfluß und ökonomisches Verhalten 1930–1960, München 2002, S. 171–198.

Alfred Reckendrees: Zur Funktion der Aktiengesellschaften in der frühen Industrialisierung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2 (2012), S. 137–174.

Mark Spoerer: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom: Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941, Stuttgart 1996.

André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn 2007.

# Deutschland in Daten

---

## Zeitreihen zur Historischen Statistik

---

Herausgegeben von Thomas Rahlf

---

**Dr. Thomas Rahlf**, Studium der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Promotion über methodologische Konzepte der Statistik und Ökonometrie, arbeitet seit 2004 bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn.

---

#### **Impressum**

Bonn 2022

© Bundeszentrale für politische Bildung/bpb  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Bestellungen: [www.bpb.de/shop](http://www.bpb.de/shop) > Zeitbilder

Bestellnummer: 3975

ISBN: 978-3-8389-7133-9

Zweite, aktualisierte Auflage 2022

Redaktionsschluss: Mai 2022

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Projektleitung: Hildegard Bremer, Dr. Miriam Shabafrouz, bpb  
Redaktion und Lektorat: Eik Welker, Münster

Grafische Konzeption und Umsetzung:

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, [www.leitwerk.com](http://www.leitwerk.com)

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main